

Frohe Weihnachten und ein gutes neues Jahr!



Besser für die Menschen.



CDU

Angela Merkel

Grundlegend anders, damit es grundlegend besser wird

Nach den Parteitagen von CDU und CSU kann die Union eine erfolgreiche Bilanz für das Jahr 2004 ziehen.

Mit gemeinsamen Positionen der Bundestagsfraktion und beiden Parteien in

allen wichtigen Bereichen zeigt sich die Union als eine klare Alternative zu Rot-Grün. Unsere Bilanz:

■ eine umfassende Arbeitsmarktreform von der Arbeitslosenversicherung ▶

INHALT

Neue Materialien zur
Solidarischen
Gesundheitsprämie
Seite 14

Dokumentation
Parteitagsbeschlüsse
18. Parteitag
Innenteil



► und der Neuausrichtung der aktiven Arbeitsmarktpolitik über die Rolle der Kommunen im Rahmen von Hartz IV bis hin zu einem modernen Tarifrecht und einem flexibleren Kündigungsschutz;

■ die Eckpunkte einer großen Steuerreform in zwei Stufen;

■ ein solidarisches Gesundheitsprämienmodell in der Gesetzlichen Krankenversicherung;

■ ein Bonus-System für mehr Familiengerechtigkeit in der Pflegeversicherung;

■ ein Paket von Innovati-

onsmaßnahmen in den wichtigsten wirtschaftlichen Zukunftsbereichen

■ die Grundsätze einer modernen Energiepolitik einschließlich der Förderung der erneuerbarer Energien;

■ das Konzept der privilegierten Partnerschaft mit der Türkei.

Deutschland wird unter Wert regiert

Die rot-grüne Bundesregierung hat zwar einige Maßnahmen auf den Weg gebracht, die in die richtige

Richtung gehen. Sie hat es aber nicht verstanden, die Stärken Deutschlands tatsächlich zu nutzen. Die Chancen, die die boomende Weltwirtschaft bietet, wurden bisher weitgehend vertan. Das Jahr der Innovation geht zu Ende, ohne dass die Innovationskraft Deutschlands gestärkt wurde. Vielmehr erreicht die Investitionsquote des Bundes neue Tiefst-, die Verschuldung des Bundes neue Höchststände. Für das kommende Jahr droht Deutschland wieder die rote Laterne des Wachstumsschwächsten in Europa.

Dort, wo gewisse Erfolge zu verzeichnen sind, wie bei den 400-Euro-Jobs oder den Einsparungen der Krankenkassen, hat die Union für die notwendigen Korrekturen der rot-grünen Pläne gesorgt. Aber eine grundlegende Kursumkehr kann eine Opposition gegen die Bundesregierung nicht erzwingen. So bleibt vor allem der schlimmste Trend ungebrochen, die Entwicklung hin zu immer weniger sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen und immer höherer

IMPRESSUM

UID

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Harald Walter, Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin, Telefon 030-22070-372, e-mail: uid@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Telefon 02226-802-0, Telefax 02226-802-111-333. Vertrieb: Telefon 02226-802-213, e-mail: oliver.murmann@ubg-medienzentrum.de. Verlagsleitung: Bernd Profflich. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 32,00 € Einzelpreis 1,00 €. Abbestellung schriftlich oder per e-mail nur unter Einhaltung einer Frist von 3 Monaten zum Quartalsende. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.

Arbeitslosigkeit. Dabei ist nicht entscheidend, ob in diesem Winter formal die 5-Millionen-Grenze erreicht wird. Entscheidend ist, dass Hartz IV die grundlegenden Probleme auf dem Arbeitsmarkt nicht wird beseitigen können und die öffentlichen Haushalte bei der anhaltenden Beschäftigungskrise nicht stabilisiert werden. So kann insgesamt in Deutschland keine Aufbruchstimmung entstehen – selbst wenn der Bundeskanzler die Macht hätte, der Opposition die Kritik an den mangelhaften Regierungsleistungen zu verbieten.

Opel, Karstadt-Quelle, Siemens und VW stehen in diesem Jahr vielmehr stellvertretend für die Erfahrung der Menschen, dass Rot-Grün ärmer, nicht reicher macht, und dass Rot-Grün weniger Gerechtigkeit und mehr Kälte ins Land bringt. Die Menschen sind zunehmend erschöpft und ent-

täuscht von dieser Politik, die ihnen Belastungen und Anstrengungen abverlangt, aber keine Aussicht auf durchgreifende Besserung bietet. Dabei könnte das Land so viel aus seinen Potentialen machen, wenn nur die politischen Rahmenbedingungen verändert würden.

Union als Alternative zur Bundesregierung

Wir wollen es grundlegend anders machen, damit es grundlegend besser werden kann. Die Unterschiede können wir dabei nicht nur für die Weichenstellungen in der Wirtschafts- und Sozialpolitik herausstreichen. Wir können das auch in den übrigen Bereichen, die zum Fundament unserer erfolgreichen Gesellschaftsordnung gehören – Bereiche, in denen bewahrt werden muss, was Rot-Grün oftmals beschädigt oder zumindest vernachlässigt. Das gilt insbesondere für:

- den konsequenten Einsatz für verlässliche Sicherheit gegenüber den Bedrohungen von innen und von außen mit Hilfe eines starken Staates;
- eine Bildungspolitik, die die Kinder in ihrer Unterschiedlichkeit fördert, Lust

auf Leistung macht, Qualitätsunterricht ganz nach vorne rückt und entschieden gegen jede Form von Einheitsschule angeht;

- den Schutz des Lebens und der Menschenwürde durch die Absage an Klonen, verbrauchende Embryonenforschung, aktive Sterbehilfe oder Aufweichungen bei den Grenzen der Patientenverfügung;

- das Bemühen um erfolgreiche Integration mit klaren Pflichten und Rechten und die entschiedene Abwehr von Parallelgesellschaften und Multikulti-Träumereien;

- die Bewahrung der nationalen Identität und der Liebe zum eigenen Land.

Der Zweiklang aus Verändern und Bewahren ist wichtig, um den Menschen Mut für die Gestaltung der Zukunft zu machen. Es gilt der Leitsatz: Bewahren, was das Land voranbringt, verändern, was das Land belastet. Dabei sind insbesondere das offene Bekenntnis zum eigenen Land und die Veränderungen zum Guten zwei Seiten ein und derselben Medaille. Die Union steht für eine Politik mit Gestaltungsanspruch – Rot-Grün für eine Politik, die allzu schnell mit dem Verweis auf externe Faktoren das eigene Nichtstun entschuldigt.

Beschlüsse des 18. Parteitag:

▶ Wachstum, Arbeit, Wohlstand – Wachstumsstrategien für die Wissensgesellschaft

▶ Im Deutschen Interesse: Integration fördern und fördern – Islamismus bekämpfen

Dokumentation Innenteil

Türkei – EU-Beitritt

Privilegierte Partnerschaft – der richtige Weg!

Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Ich sage es gleich zu Beginn und ohne jede Umschweife: Die Union hat diese heutige Debatte nicht deshalb beantragt, weil wir uns der Hoffnung hingeben, wir als Opposition könnten die Bundesregierung, Herr Bundeskanzler und Herr Bundesaußenminister, noch von ihrer Haltung zum EU-Beitritt der Türkei abbringen. Wir wissen, dass wir sie nicht umstimmen werden. Wir machen uns da keine Illusionen. Der EU-Rat der Staats- und Regierungschefs – dazu gehören, das sage ich ganz klar, auch Staats- und Regierungschefs der Parteienfamilie der Europäischen Volkspartei – wird heute oder morgen aller Voraussicht nach die Aufnahme von Verhandlungen mit der Türkei über den Beitritt zur Europäischen Union beschließen.

Wir haben die Debatte heute hier in diesem Hause aus einem anderen Grund gewollt. Wir haben sie gewollt, um mit den Menschen über die Folgen dieser Entscheidung zu sprechen. Ich glaube, darauf haben die



Angela Merkel in der Bundestagsdebatte

Menschen am Vorabend einer für Europa historischen Entscheidung wirklich einen Anspruch. Ich frage Sie: Wer, wenn nicht dieser Deutsche Bundestag, sollte diesen Anspruch einlösen? Deshalb haben wir als Opposition beantragt, darüber zu debattieren, weil wir aus vielen Umfragen und Gesprächen wissen, wie sehr dieses Thema die Gemüter in Deutschland bewegt.

Ich glaube, wir alle sind uns darüber einig, dass wir ein solches Thema nicht Rattenfängern und Hetzern überlassen dürfen, sondern diese Debatte verantwortlichen führen müssen.

Meine Damen und Herren, wer denen, die diese De-

batte führen, Begriffe wie „Brandstifter“ entgegenhält, wer von „zynischem Spiel“ oder von „politischer Hetze – hysterisch und schamlos“ redet, der will keine offene, ehrliche Debatte über diese wichtige Frage, der will anderen den Mund verbieten und nicht Argumente austauschen. Dieses Verhalten und diese Herangehensweise sprechen für mich dafür, dass man ein unerwünschtes Thema tabuisieren will, vielleicht weil man glaubt, seiner eigenen Klientel irgendetwas schuldig zu sein. Aber, meine Damen und Herren, das ist ein Thema, das die Menschen bewegt und das mit allergrößten Folgen für die deutsche und die europäische Po-

litik verbunden ist. Deshalb, glaube ich, werden sich die Deutschen auch ein eigenes Urteil darüber bilden, dass der Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland in einer solchen Debatte nicht das Wort ergreift oder uns sogar, wie man es erwarten müsste, in einer Regierungserklärung heute hier seine Haltung darlegt.

Sie werden die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Türkei beschließen und Sie werden unseren Vorschlag eines dritten Weges, einer privilegierten Partnerschaft, ausschlagen. Dies werden Sie auch damit begründen, dass alle Bundesregierungen seit Konrad Adenauer der Türkei den Beitritt zur Europäischen Union versprochen hatten. Deshalb möchte ich auf den Historiker Professor Heinrich August Winkler verweisen, der immer wieder betont, dass bei der Beurteilung von Entscheidungen stets auch die Umstände, unter denen sie getroffen wurden, zu berücksichtigen sind und dass es aus diesem Grunde keinen Automatismus geben kann.

Wenn wir uns einmal die Entwicklung der Europäischen Union vor Augen führen, erkennen wir, dass in den 60er-, 70er-, 80er-Jahren die Ausgestaltung einer Wirtschaftsgemeinschaft weit

vorangekommen und durch die Vollendung des Binnenmarktes sicherlich ein qualitativer Sprung gemacht worden ist. Aber inzwischen ist die Entwicklung wesentlich über den Binnenmarkt hinausgegangen. Wir haben die Verträge von Maastricht und Amsterdam, eine gemeinsame Währung ist eingeführt worden, wir haben eine Unionsbürgerschaft – im Übr-

gen ein Punkt, der sehr wenig diskutiert wird; diese Unionsbürgerschaft führt nämlich zum Kommunalwahlrecht für alle bei uns lebenden Bürger der Europäischen Union –, eine Erweiterung der Politik der Europäischen Union um die Innen- und Rechtspolitik, eine Grundrechtscharta und einen Verfassungsvertrag. Das heißt, es gibt eine Entwicklung von



einer Freihandelszone hin zu einer politischen Union. Deshalb müssen wir uns fragen: Was bedeutet es für diese politische Union, wenn ein Land wie die Türkei Mitglied der Europäischen Union wird?

Genau aus diesem Grund befassen sich die Kopenhagener Kriterien nicht nur mit dem beitriftswilligen Land, sondern fragen – das wird in der Diskussion immer wieder unterschlagen – zu einem Teil auch: Ist die Integrationsfähigkeit der Europäischen Union gefährdet, wenn ein weiteres Land aufgenommen wird? An dieser Stelle sage ich: Wir müssen uns vor Augen führen, dass die Vertiefung der politischen Union mit der Türkei als Vollmitglied nicht so erfolgen können wird, wie wir uns das vorstellen. Das ist ein ganz wichtiger Punkt.

Deshalb möchte ich den ehemaligen Verfassungsrichter Böckenförde zitieren, der neulich in einer Danksagung anlässlich der Verleihung des Hannah-Arendt-Preises deutlich gesagt hat:

Die Türkei ist nach geographischer Ausdehnung, Bevölkerungszahl, nationaler und kultureller Identität, ökonomischer und politischer Struktur von einer Bedeutung und Eigenart, die die Frage nach dem Konzept, der finalité der europäischen

Einigung unausweichlich macht. Zitatende.

Diese Frage, meine Damen und Herren, wird von der Bundesregierung und den sie tragenden Fraktionen nicht beantwortet: Ist es eine politische Union, ein geostrategisches Bündnis oder eine Freihandelszone, was wir uns vorstellen? Ohne diese Frage zu beantworten, ist es nicht verantwortlich, Beitrittsverhandlungen mit einem Land zu beginnen, da nicht klar ist, wohin diese führen sollen. Wir bekennen uns klar zu einer vertieften politischen Union.

Sie werden weiterhin sagen, dass der Türkei die Zusage auch deshalb gegeben worden sei, weil sie historisch und politisch zu Europa gehöre. Tatsache ist, dass – daran kommt man nach einem Blick auf die Landkarte nicht vorbei – erstmals in der Geschichte des europäischen Einigungsprozesses Verhandlungen mit einem Land begonnen werden, dessen Grenzen weit über Europa hinausgehen; sie reichen bis zum Iran, zum Irak und nach Syrien.

Meine Damen und Herren, es nützt doch nichts, so zu tun, als ob die Menschen das nicht beschäftigt. Denken Sie doch einmal an Konstruktionen wie das Schengen-Abkommen und die De-

finition der Außengrenzen! Daher muss doch über eine solche Tatsache debattiert werden.

Man hilft der Türkei nicht, wenn man immer wieder darüber hinwegsieht, dass die Kopenhagener Kriterien von der Türkei nicht so erfüllt werden, wie wir uns das vorstellen. Es besteht kein Zweifel daran, dass es dort Folter gibt. Es besteht auch kein Zweifel daran, dass es eine Religionsfreiheit nicht gibt. An dieser Tatsache werden Sie nicht vorbeikommen, wenn Sie die Möglichkeiten betrachten, die christliche Kirchen in der Türkei haben. Es kann für den türkischen Ministerpräsidenten zu einem Eigentor werden – Wolfgang Schäuble hat dies gestern bemerkt –, wenn er uns bezichtigt, ein Christenklub zu sein, aber gleichzeitig Religionsfreiheit in seinem Lande nicht ausreichend garantiert.

Der Herr Bundesaußenminister spricht – so auch in den letzten Tagen – immer wieder von der geostrategischen Bedeutung, die der Beitritt der Türkei zur Europäischen Union habe. Es ist richtig: Die Europäische Union ist entstanden aufgrund der Lehren aus dem Zweiten Weltkrieg und aus der Schreckensherrschaft des Nationalsozialismus sowie der festen Überzeugung

der europäischen Länder, nie wieder Krieg gegeneinander zu führen.

Es ist auch richtig, dass der 11. September des Jahres 2001 die Welt verändert hat. Aber ich bezweifle, dass man argumentieren kann, die dadurch entstandene Situation hinsichtlich der Beziehung zwischen der Europäischen Union und der Türkei sei vergleichbar mit der Situation in Europa nach dem Zweiten Weltkrieg. Wir haben ein gutes, freundschaftliches und enges Verhältnis mit der Türkei in den letzten Jahrzehnten. Die Türkei ist ein assoziiertes Mitglied der Europäischen Union.

Man kann nicht behaupten, dass die geostrategische Frage, die sich nach dem 11. September 2001 natürlich stellt, mit einem Beitritt der Türkei zur Europäischen Union beantwortet werden kann. Es stellt sich eine ganz

andere Frage: Welche Kraft auf sicherheitspolitischem Gebiet hat der Westen und insbesondere die Europäische Union? Ich glaube, da handeln wir nach dem Prinzip Hoffnung. Die Europäische Union ist keine sicherheitspolitisch global agierende Macht. Die globale Sicherheitsarchitektur des Westens beruht auf einer starken NATO, in der die Türkei Mitglied ist.

Meine Damen und Herren, wenn Sie den Unterschied zwischen einem geostrategischen Bündnis, wie es die NATO darstellt, und einer politischen Union, wie sie die heutige Europäische Union ist, nicht erkennen, dann wird es natürlich schwierig.

Der Bundesaußenminister spricht davon, dass nach dem 11. September 2001 kleineuropäische Lösungen nicht weiterhelfen würden,

weil wir es mit großen Ländern wie Indien, China und den Vereinigten Staaten zu tun hätten. Er suggeriert damit, dass durch den Beitritt der Türkei aus einer kleineuropäischen Lösung eine großeuropäische Lösung wird. Heinrich August Winkler sagt dazu – wie ich finde, sehr zutreffend –: Man darf Größe nicht mit Stärke verwechseln. Das ist genau das Problem: Wenn es um die Verteidigung unserer westlichen Werte geht, sind wir nur stark innerhalb der NATO. Daneben brauchen wir aber eine handlungsfähige politische Union, mit der die Ziele Europas verwirklicht werden können.

Über die geostrategische Bedeutung der Türkei wird gesagt, die Türkei habe eine Brückenfunktion.

Eine Brücke ist immer ein Konstrukt – auch das ist hier schon gesagt worden –, das niemals vollständig zu einer Seite gehört. Das heißt, die Türkei kann ihre Brückenfunktion besser erfüllen, wenn sie nicht Vollmitglied der Europäischen Union ist und Aufgaben in anderen Bereichen wahrnehmen kann.

Es wird argumentiert, wir müssten jetzt beweisen – ich glaube, dass Europa dies nicht beweisen muss; denn wir sind kein, wie uns manchmal vorgeworfen wird, reli-

HINTERGRUNDINFOS

„Privilegierte Partnerschaft. Die europäische Perspektive für die Türkei“

Beschluss der Präsidien der Christlich Demokratischen Union und der Christlich-Sozialen Union am 7. März 2004

► www.cdu.de, Navigationspunkt „Themen“, Stichwort „Beschlüsse“

„Für ein glaubwürdiges Angebot der EU an die Türkei“

Antrag der CDU/CSU-Bundestagsfraktion (Drucksache 15/3949)

► www.cdu.de, Navigationspunkt „Themen“, Stichwort „Europapolitik“

giös ausgerichteter Klub -, dass die Europäische Union mit einem muslimischen Mitgliedstaat auskommen könne. Dieses Argument ließe sich, wenn man konsequent zu Ende denkt, auch auf andere Länder übertragen, indem man sagt, die Türkei sei kein typisch arabisches und islamisches Land. Wo diese Beweiskette enden soll, wird sich dann zeigen. Aber darüber diskutieren Sie einfach nicht, weil Sie sich mit dieser Frage nicht auseinander setzen.

Meine Damen und Herren, Sie wissen natürlich, dass das Argument der geostrategischen Bedeutung allein nicht ausreicht. Das heißt, dass die Vollmitgliedschaft der Türkei weitergehend begründet werden muss. Deshalb weisen Sie dann, wenn es um die Aufnahme von Verhandlungen geht, immer darauf hin, es sei ja noch ein langer Zeitraum, es gehe eigentlich nur um die Aufnahme von Verhandlungen und es gebe keinen Beitrittsautomatismus.

Helmut Kohl hat gestern ganz deutlich gesagt – insofern können Sie ihn nicht als Kronzeugen nehmen -, er sei immer der Auffassung gewesen, dass die Erfüllung der Kopenhagener Kriterien – ich betone: aller Kriterien, der des Beitrittslandes und

der der Integrationsfähigkeit – die Voraussetzung für die Aufnahme von Verhandlungen sei und sich nicht das Prinzip Hoffnung, dass das schon alles irgendwie gut gehen werde, durchsetzen könne. Deshalb sage ich jetzt eindeutig: Genau dies ist auch unsere Haltung.

Was heißt Beitrittsautomatismus? Ich glaube, hier spielen Sie mit der Ernsthaftigkeit dieser Frage. Denn es ist nicht redlich, so zu tun, als könne man fünf oder zehn Jahre verhandeln, um dann entweder die Vollmitgliedschaft oder das totale Scheitern zu erreichen. Ich sage Ihnen: Dies ist so unehrlich wie vieles in den letzten 40 Jahren im Umgang mit der Türkei.

Sie wissen genau, dass, wenn es keine Auffangposition gibt, ein Scheitern eine Katastrophe für die Türkei und gleichzeitig für die Politische Union Europas wäre. Deshalb halten wir diesen Weg für nicht richtig. Wir glauben, es muss eine Alternative bzw. eine weitere Option geben. Wir wissen, dass Sie, obwohl Sie von keinem Beitrittsautomatismus sprechen, eine Rückfallposition, eine Option B, eine Alternative, wie es für uns die privilegierte Partnerschaft ist, ablehnen werden.

Das eigentlich Unredliche an der Argumentation ist,

dass Sie den Eindruck erwecken, dass das Konzept der privilegierten Partnerschaft im Grunde nichts weiter als ein glattes Nein gegenüber der Türkei ist. Das ist nicht redlich, weil die privilegierte Partnerschaft ein Konzept ist, das der Türkei einzigartige Beziehungen intensiver Art mit der Europäischen Union in Aussicht stellt. Genau diesen Weg halten wir als Alternativweg für wichtig, um ein Scheitern und eine Katastrophe zu verhindern. Deshalb ist Ihre Argumentation an dieser Stelle nicht in Ordnung.

Meine Damen und Herren, es ist doch wahr – das wissen doch auch Sie –: Seitdem die privilegierte Partnerschaft als ein dritter Weg im Raum ist, ist die Diskussion in Europa weitergegangen. Schauen Sie sich die Debatten in der französischen Nationalversammlung an! Schauen Sie sich an, was selbst der französische Präsident auf dem deutsch-französischen Gipfel in Lübeck gesagt hat! Alle wissen, dass es im Grunde richtig wäre, eine Alternative, eine privilegierte Partnerschaft, die wir für die richtige halten, als Option im Auge zu haben, nicht von einem Beitrittsautomatismus zu sprechen und ansonsten das Ganze, was da passiert, offen zu lassen.

Ich glaube, wir alle sind uns darüber im Klaren – egal welche Haltung die einzelnen Kolleginnen und Kollegen haben –, dass die Entscheidung des Rates zur Aufnahme von Beitrittsverhandlungen zwischen der Türkei und Europa von historischer Bedeutung für die Europäische Union ist. Wer das wegdrückt, wer sich dessen nicht bewusst ist und wer versucht, an einem solchen Vorabend keine Debatte stattfinden zu lassen, dem sage ich, dass er dieser Aufgabe nicht gerecht wird und den Menschen Sand in die Augen streut.

Die Diskussion hat sich aus meiner Sicht völlig verengt. Es wird so getan, als ginge es nur um die Türkei. Im Wesentlichen geht es aber um uns, um die Zukunft eines jahrzehntelangen Aufbauwerks der Europäischen Union, um seine Vertiefung, das mit der Abgabe von Souveränitätsrechten verbunden ist. Dass es um uns geht, dass es um unsere Zukunft geht, muss in einer verantwortlichen Weise und deutlich ausgesprochen werden. Darüber gehen Sie leichtfertig hinweg.

Ich möchte Giscard d'Estaing zitieren, der immerhin Präsident des Europäischen Verfassungskonvents war. In der „FAZ“ vom 26. November sagte er:

Was mich am meisten überrascht, ist die Art und Weise, in der sich die meisten europäischen Politiker in eine ideenlose Sackgasse haben zwingen lassen: Entweder man bejaht die Eröffnung von Verhandlungen, die in eine Aufnahme der Türkei in die EU münden, oder man schlägt ihr die Tür vor der Nase zu. Wie konnte es zu dieser Ideenarmut, zu dieser extremen Vereinfachung kommen? Anderswo versteht man es besser, mit solchen Fragen umzugehen.

Ich habe dem an dieser Stelle nichts hinzuzufügen. Ich teile die Meinung von Giscard d'Estaing vollkommen. Es kann ja sein, dass Ihnen die Zitate nicht passen. Sie müssen sich mit der Realität aber schon auseinandersetzen. Es ist ja nicht schlimm, dass wir unterschiedlich argumentieren.

Ich sage es ganz nüchtern: Mit einer Entscheidung in der Form, wie sie morgen aller Voraussicht nach getroffen wird, ist ein Alles oder Nichts, ein Entweder-oder, ein Scheitern oder eine Vollmitgliedschaft verbunden. Ich glaube, dass dies der geostrategischen Aufgabe Europas und der Politischen Union nicht gerecht wird. Deshalb brauchen wir ein durchdachtes Konzept, das der Türkei natürlich nicht die

Tür vor der Nase zuschlägt. Sie schlagen die Möglichkeit eines dritten Weges aus. Als Opposition können wir diese Entscheidung nicht verhindern; wir werden aber mit der Bevölkerung in diesem Lande über die Folgen einer solchen Entscheidung für Europa und für die Gesamtlage weiter sprechen.

Es ist für mich und für uns wichtig – das macht die Bedeutung Europas aus –, dass die Politische Union der Europäischen Union weitergeführt werden kann, dass sie nicht in Gefahr gerät und dass wir trotzdem unseren geostrategischen Aufgaben gerecht werden, nicht als Europa gegen Amerika, sondern in den gemeinsamen Bündnissen.

Deshalb werden wir diese Debatte 2005 und 2006 weiterführen. Anhand des Sachstandes, den wir 2006, wenn wir an der Regierung sind, vorfinden, werden wir prüfen, wie wir unsere Ideen, von denen wir überzeugt sind, in die Tat umsetzen können, und zwar genauso verantwortlich gegenüber unseren türkischen Freunden wie verantwortlich gegenüber dem Friedenswerk der Europäischen Union. In diesem Sinne werden wir weiterhin handeln.

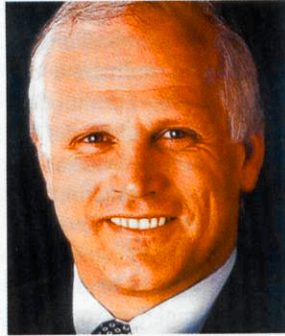
Herzlichen Dank.

Peter Bleser:

Klimaschutz braucht Investitions-sicherheit

Der Waldzustandsbericht 2003 hat nochmals klar verdeutlicht, dass Klimawandel keine Horrorvision, sondern ein schleichender Prozess mit bereits heute feststellbaren Auswirkungen ist. Diese Erkenntnis ist mittlerweile ein weitreichender Konsens in und zwischen den Parteien.

Wesentlich differenzierter ist das Meinungsbild der Parteien aber bei der Beantwortung der Frage, wie die Politik auf den Klimawandel reagieren soll. Im Unterschied zur Bundesregierung glaubt die CDU nicht daran, den schonenden Umgang mit natürlichen Ressourcen staatlich verordnen zu können. Wie zahlreiche Beispiele der letzten sechs Jahre belegen, führen nationale Alleingänge bei globalen, umweltpolitischen Herausforderungen lediglich zu Problemverlagerungen und nicht zu Problemlösungen. Die Grundidee der CDU Klimaschutzpolitik, wie sie auf dem Parteitag der CDU im Düsseldorf verabschiedet wurde, besteht deshalb in der Schaffung von ökologischen und ökonomischen Win-Win-Situationen.



Ein Beleg für den Erfolg dieses Politikansatzes sind Biokraftstoffe. Die mit den Stimmen der Union beschlossene Befreiung von den Mineralölsteuern war der Auslöser für dessen dynamische Marktentwicklung. Großinvestitionen, wie der Bau der Bioethanolanlage in Zeitz benötigen aber Rahmenbedingungen, die sich nicht nach Legislaturperioden richten. Deshalb sollte der derzeitige politische Konsens zwischen den Parteien und innerhalb der EU schnellstmöglich genutzt werden, um den Unternehmen, die im Biokraftstoffmarkt investieren wollen, langfristige und verlässliche Kalkulationsparameter zu gewährleisten. Dies gilt insbesondere für den Bereich der Rahmenbedingun-

gen, die in internationalen Handelsübereinkommen festgelegt werden.

Nur wenn die Förderung der nachwachsenden Rohstoffe als politische Querschnittsaufgabe verstanden wird, können alle Potentiale des Multitalents Biomasse ausgeschöpft werden. Eine große Herausforderung besteht darin, die Eigenschaften des Rohstoffes Pflanze in Bezug auf ihre energetische Verwertung zu optimieren. Hier besteht großer Forschungsbedarf, der strategisch aufgearbeitet werden muss. Eine nachhaltige Biokraftstoffproduktion beginnt aber im Wald und auf dem Acker. Bereits hier müssen für die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit heimischer Rohstoffe möglichst rasch Effizienzgewinne realisiert werden. Wirtschaftsforschungs- und Agrarpolitik müssen eine konzeptionelle Allianz bilden, wenn der Eintritt in das Biomassezeitalter erfolgreich gelingen soll.

Peter Bleser MdB ist Vorsitzender des Bundesfachausschusses Agrarpolitik und Verbraucherschutz der CDU Deutschlands.

Der Service der Bundesgeschäftsstelle

Unser Service für Sie

Flugblätter, Wahlanalysen, Online-Angebote – die CDU Bundesgeschäftsstelle bietet ein breites Angebot an Service-Leistungen für Mitglieder und Gliederungen. Mit den Service-Leistungen will das Konrad-Adenauer-Haus in Berlin Ihre politische Arbeit vor Ort so wirksam wie möglich unterstützen. In dieser Broschüre stellen wir die einzelnen Angebote vor.

Wissen, was los ist!

Sie wollen sich über die Grundsätze der Politik der CDU informieren? Sie suchen einen Beschluss des Bundesvorstandes oder des Präsidiums? Sie wollen sich über die Arbeit der Bundesfachausschüsse informieren?

Dann besuchen Sie die Themendatenbank „Politik A-Z“ im öffentlichen Internetangebot unter www.cdu.de.

Sie benötigen nähere Informationen zu tagesaktuellen politischen Themen?

Egal ob Sie zu Ihrem besseren persönlichen

Herzlich willkommen in
www.CDU.de www.CDU.de www.CDU.de

16. Dezember 2004

Mitmachen

Sind Sie noch kein CDU-Mitglied, möchten es aber werden? Dann können Sie sich über Mitgliedsantrag als PDF-Datensatz ausdrucken und an uns senden.

Unterstützung

Wir haben hier verschiedene Wege aufgestellt, über die Sie die politische Arbeit der CDU unterstützen können.

Bitte identifizieren Sie sich als CDU-Mitglied!

Ihr Nachname

Ihre Mitgliedsnummer

oder Ihr eigenes Passwort

Anmelden

Für die Anmeldung im CDU.net benötigen Sie lediglich Ihren Namen und Ihre Mitgliedsnummer. Ein wichtiger Hinweis für die Inhaber von älteren Mitgliedsausweisen: Im ersten Feld der Anmeldebox muss die LVKV-Nummer Ihres Kreisverbandes angegeben werden. Diese finden Sie hier. Im mittleren Feld tragen Sie eine Null ein und im letzten Feld bitte Ihre persönliche fünfstellige Mitgliedsnummer, die Sie auf Ihrem Ausweis unten rechts finden. Die Inhaber der neuen Ausweise im Karten-Format finden ihre Mitgliedsnummer wie oben auf dieser Seite dargestellt.

Erweitern/Probleme?

Ihre Mitgliedsnummer finden Sie auf Ihrer Mitgliedskarte. Sollten Sie noch keine Karte besitzen, können Sie diese bei Ihrem Kreisverband bestellen.

Ihr Kreisverband kann Ihnen auch kurzfristig Ihre Mitgliedsnummer mitteilen, um Ihnen den Zugang zum CDU.net zu ermöglichen.

Falls Sie die Adresse Ihres Kreisverbandes gerade nicht zur Hand haben, können Sie hier die Adresse suchen.

Wozu ein Cookie?

Um in das CDU.net zu gelangen, muss Ihr Browser Cookies akzeptieren. Bitte richten Sie Ihren Browser entsprechend ein. Eine Anleitung finden Sie hier.

www.cdu.net

Verständnis eine Erklärung suchen oder Sie sich auf eine Canvassing-Aktion am nächsten Wochenende mit Argumenten vorbereiten wollen: Im internen CDU-Mitgliedernetz finden Sie Argumentationshilfen, Broschüren und Vorlagen für Musterbriefe sowie Musteranzeigen.

Veranstaltungen und Parteiorganisation

Sie planen eine Veranstaltung?

Auch in diesem Fall erhalten Sie im CDU-Mitgliedernetz nützliche Hilfestellungen. Ein viel genutztes Angebot ist das wöchentlich

Viel bewegen. Mitglied werden.

Besser für die Menschen. CDU

16.12.2004 16:07 Home Themen Partei Kontakt | Sitemap | Englisch

Neuere

Presse-Center

Service-Bereich

Forum / Interaktiv

CDU.net

Das interne Mitgliedernetz der CDU

Ihre Nachname

Mitgliedsnr./Passwort

Einloggen

Probleme mit der Anmeldung?

CDU vor Ort

Homepage der Verbände

Hier haben wir für Sie die

Merke! Merkel wirbt für privilegierte Partnerschaft mit der Türkei

Unerlässlich vor dem erwarteten Beschluss der EU-Staats- und Regierungsrats über die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Türkei hat die Partei- und Fraktionsvorsitzende Angela Merkel ge-fordert, das Unions-Konzept einer privilegierten Partnerschaft als Auffangposition in die Beratungen einzubringen. "Es muss diese Alternative geben, denn ein Scheitern der Verhandlungen wäre eine politische Katastrophe für die Türkei wie für die EU", sagte Merkel am Donnerstag im Bundestag.

Mehr zum Thema

- Die Rede von Angela Merkel im Wortlaut. PDF. 61 KB.
- Privilegierte Partnerschaft. Beschluss der Präsidenten von CDU und CSU. 07.03.2004. PDF. 9 KB.
- Der Namensantrag von W. Schäuble. In: Bild vom 15.12.2004.
- Für ein glaubwürdiges Angebot der EU an die Türkei. Antrag der Unions-Fraktion. PDF. 69 KB.

Familien- Europapolitik

Föderalismus

TV-Termin

Partei-Mitler bei "Berlin klärt"

"Am gegen mich. Wie total ist Deutschland noch?"

ZDF 1. 16.12. 1.22.15 Uhr

Ziel der Woche

Hausch (SPD) zum EU-Beitritt der Türkei

König kann "per ein Sonderverhältnis zur Türkei in besonderem Interesse vorstellen. Das kann eine privilegierte Partnerschaft sein". Aus: n-tv, MDR/SPD, RBB Inthaus, 16.12.2004.

Düsseldorfer Parteitag

www.cdu.de

aktualisierte „Flugblatt der Woche“. Herunterladen, Ausdrucken, Kopieren... einfacher geht es nicht!

Sie planen eine Veranstaltung und fragen sich, ob Sie an alles gedacht haben?

Im Bereich „Organisation“ im CDU-Mitgliedernetz finden Sie wichtige Hinweise und Checklisten: von einer Infobroschüre z.B. zum Thema Kinderbetreuung bei Parteitag (Infoblatt) bis zum Schadensmanagement. In dieser Rubrik finden Sie auch Unterstützung rund um das Thema Versicherungen (u.a. Dienstreisekaskoversicherung für Landes-, Bezirks- und Kreisverbände, Dienstreisekaskoversicherung für Wahlhelfer, Büroversicherung, Unfallversicherung, Haftpflichtversicherung der CDU).

Sie haben als Mitarbeiter einer Kreisgeschäftsstelle gehört, dass es eine Zusammenstellung von für die Parteiarbeit relevanten Merkblättern und Verträgen geben soll?

Im Bereich „Organisation“ im CDU-Mitgliedernetz finden Sie viel Wissenswertes von Abrechnungsblättern für Orts- und Stadtverbände, Kontenrahmen der CDU, einem Leitfaden zum neuen Parteiengesetz bis zu Merkblättern „Spenden an die CDU – Hinweise zur steuerlichen Behandlung mit zahlreichen Beispielen.“

Sie wollen Ihre politische Botschaft mit der Verteilung von attraktiven kleinen oder größeren Werbemitteln verbinden? Im Mitgliedernetz finden Sie im Online-Shop eine Auswahl von Sympa-

thiewerbemitteln mit CDU-Logo – vom preiswerten Kugelschreiber bis zur hochwertigen Baseball-Mütze oder Skatspiel. Stöbern Sie in aller Ruhe von zu Hause im E-Shop – Sie werden bestimmt das Passende finden.

Sie suchen das neue Logo für Ihre Powerpointpräsentation oder für Ihr Word-Dokument? Sie wollen Ihre eigene Internetpräsenz dem neuen Werbeauftritt der CDU anpassen? Auf dem CI-Portal stehen Ihnen alle Logobausteine zum Download zur Verfügung. Auf www.ci.cdu.de erhalten Sie auch technische Arbeits- und Umsetzungshilfen für die Anwendung des neuen Logos vor Ort.

Sie wollen sich eigene Briefbögen oder individuelle Visitenkarten drucken lassen?

Dann nutzen Sie den neuesten Print-Service der Bundesgeschäftsstelle. Seit dem Parteitag in Leipzig ist im CDU-Mitgliedernetz unter www.cdunet.de das Druckportal im Einsatz.

Mittlerweile können Sie auch Rednerplakate (A1/Ao) jederzeit und an jedem Ort mit Ihrem individuellen Textdruck bestellen.

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

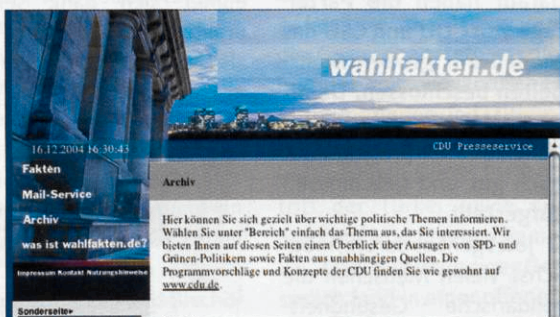
Sie sind verantwortlich für die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit in Ihrem Verband?

Machen Sie sich das Leben leichter und nutzen Sie die Online-Angebote der CDU. Lassen Sie sich künftig nicht mehr von Anrufen aus Zeitungsredaktionen quälen. Bei Anfragen nach Fotos verweisen Sie einfach auf die Bilddatenbank unter www.bilder.cdu.de. Aus der Bilddatenbank können selbstverständlich auch Sie sich zur Illustrierung Ihrer Broschüren vor Ort bedienen. Die Bilder sind fast alle rechtfrei und stehen zur freien Verfügung. Die Redaktionen fragen nach den unterschiedlichen CDU-Logos für eine Anzeigenvorlage? Ein Verweis auf das CI-Portal unter www.ci.cdu.de genügt. Alle Daten liegen in diesen Datenbanken in druckfähigen Auflösungen vor.

Sie befinden sich im Wahlkampf und müssen eine Rede schreiben?

Im Mitgliedernetz finden Sie zu wichtigen Anlässen Redebausteine. Sie wollen sich für Ihre

Rede einen schnellen Überblick über die politisch relevanten Themen der jüngsten Vergangenheit informieren? Im „Pressecenter“ auf www.cdu.de bekommen Sie einen schnellen Überblick. Der politische Gegner soll in ihrer Rede auch sein Fett wegbekommen? Dann lohnt sich auch einen Blick auf die Plattform www.wahlfakten.de. Bei wichtigen politi-



www.wahlfakten.de

schen Ereignissen werden auf dieser Seite den Argumenten und Aussagen des politischen Gegeners zeitnah und detailliert Fakten gegenübergestellt. Die Seite hat sich in der Vergangenheit zu einer wahren Fundgrube entwickelt.

Sie suchen Unterstützung beim Aufbau einer eigenen Homepage für Ihren Verband?

Besuchen Sie einfach die „Webmaster-Ecke“ im CDU-Mitgliedernetz. Hier werden Ihnen erste Schritte leicht gemacht. Ein Besuch auf dem CI-Portal zum Gebrauch des neuen Logos im Internet ist auch hilfreich.

Sie haben Fragen, Anregungen, Ideen? Dann wenden Sie sich bitte per Mail an:

cduenet@cdu.de

DRUCK PORTAL

CDU

So einfach funktioniert das Druckportal

Wenn Sie zunächst einen möchten, wie Sie eine Bestellung von personalisierten Visitenkarten oder Briefbögen durchführen können, starten Sie nachfolgend bitte das entsprechende Demoprogramm.

Demo Bestellung personalisierter Visitenkarten (Flash)
 Demo Bestellung personalisierter Briefbögen (Flash)

Über unser Druckportal können Sie online Druckaufträge und andere Produkte bestellen. Direkt haben Sie die Möglichkeit, folgende Produkte online zu bestellen:

Druckaufträge im neuen CDU-Design:

- Personalisierte Visitenkarten
- Personalisierte oder rezeptive Briefbögen
- Hochleistungsdruckplakate mit individuuellem Textendruck
- Rechnungsvordrucke (nur für CDU-KV)
- Zuwendungsdrucke (nur für CDU-KV)

Medaillen und Gedenkprägungen für besondere Anlässe und zur Mitgliederverzierung:

- Kanzlermedaille
- Dienermedaille

Druckportal starten

Die Online-Bestellung von Briefbögen (Standard oder Personalisiert) und von personalisierten Visitenkarten ist derzeit noch nicht mit Ihrem eigenen Logo möglich. Wir erstellen Ihnen aber gerne ein individuelles Angebot.

www.CDU.de/Printshop/Default

www.ubg-medienzentrum.de/vc1/show.php

Neue Gesundheits-Materialien

Im November haben CDU und CSU ein gemeinsames Gesundheitsmodell vereinbart – die solidarische Gesundheitsprämie. Kurz darauf haben die Parteitage von CDU und CSU das Modell mit großen Mehrheiten beschlossen. Damit ist die Union auch in diesem Politikbereich programmatisch gut und geschlossen aufgestellt.

Jetzt geht es darum, möglichst vielen Menschen die solidarische Gesundheitsprämie zu erklären und ihnen die Vorteile des Modells zu erläutern. Zugleich muss die Union zeigen, warum die Gesundheitsprämie der rot-grünen Bürgerzwangsversicherung überlegen ist. Diese Überzeugungsarbeit muss die Union gemeinsam leisten. Eine ganz besondere Bedeutung hat dabei die Arbeit an der Basis.

Um Ihnen die Arbeit vor Ort zu erleichtern, erstellt die CDU-Bundesgeschäftsstelle derzeit eine Reihe von Werbe- und Informationsmitteln. Die Materialien werden in Kürze verfügbar sein und können dann bei uns bestellt bzw. im CDUnet herunter geladen werden. Vorab hier ein Überblick über die neuen Materialien:

- Die wesentlichen Fakten zur Gesundheitsprämie und Beispielrechnungen wird ein **Gesundheits-Leporello** enthalten. Der Leporello eignet sich dank seiner praktischen Gestaltung gut als Massenverteilmittel.
- Eine Über-

sundheitsprämie wird erklärt und anhand von Beispielrechnungen veranschaulicht. Wir beantworten in der Illustrierten die häufigsten Fragen zum Unionsmodell – etwa wie viel Rentner künftig bezahlen müssen. Auch enthalten ist der Vergleich der Gesundheitsprämie mit der rot-grünen Bürgerzwangsversicherung.

- Als Download im CDUnet werden Sie außerdem **Flugblätter** zu wichtigen Aspekten der Gesundheitspolitik und zum Unionsmodell (inklusive Grafiken und Beispielrechnungen) finden.

Wir hoffen diese Informations- und Werbemittel, die in

Kürze zur Verfügung stehen, helfen Ihnen bei der politischen Arbeit vor Ort. Die CDU-Bundesgeschäftsstelle würde sich über eine rege Annahme freuen. Wenn Sie Fragen oder weitere Wünsche haben, helfen wir Ihnen gerne.

■ Kontakt:

olaf.dembinski@cdu.de
guido.speiser@cdu.de



sicht mit allen wichtigen Fragen und antworten

rund um die Gesundheitsprämie (FAQ-Liste)

- Eine sechzehnseitige **Gesundheitsillustrierte** wird einen Überblick über die Probleme des Gesundheitswesens und eine Erklärung des Unionsmodells bieten. Erläutert wird zunächst, warum wir unser Gesundheitssystem umbauen müssen. Das Modell der solidarischen Ge-

Spitzengespräch

Christliche Werte

In einem Spitzengespräch haben Mitglieder der Deutschen Bischofskonferenz unter Leitung ihres Vorsitzenden, Kardinal Karl Lehmann, und das Präsidium der CDU Deutschlands unter Leitung der CDU-Bundesvorsitzenden, Angela Merkel, Fragen der Reform der sozialen Sicherungssysteme, der Europapolitik sowie der Bioethik diskutiert.

Beide Seiten stimmten darin überein, dass weitere Reformen nötig sind, um das System der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland auf Dauer zukunftsfähig zu machen. Im Blick auf die Reform des Gesundheitssystems erläuterten die Mitglieder des CDU-Präsidiums den Kompromiss von CDU und CSU und das Modell der Gesundheitsprämie. Die Bischöfe erinnerten in diesem Zusammenhang an ihr Wort "Solidarität braucht Eigenverantwortung" aus dem Jahr 2003. Gleichzeitig waren sich beide Seiten einig, dass Eigenverantwortung und Solidarität auch im Gesundheitssystem eine ausgewogene Balance finden müssen. Die CDU-Vorsitzende Dr. Angela Merkel betonte, dass für nötigen Refor-

men gilt: "Wir brauchen eine Neujustierung der Sozialen Marktwirtschaft in Richtung auf mehr Freiheit für den Einzelnen, um Solidarität und Gerechtigkeit wieder lebbar zu machen."

Im Blick auf den Europäischen Verfassungsvertrag bedauerten beide Seiten das Fehlen eines Gottesbezugs in der Präambel. Auch ein möglicher Beitritt der Türkei zur Europäischen Union wurde von CDU und Bischöfen gleichermaßen problematisiert. Die Bischöfe wiesen in diesem Zusammenhang insbesondere auf die nach wie vor bestehenden Defizite im Bereich der Religionsfreiheit hin.

Zudem waren sich beide Seiten einig, dass im Hinblick auf eine bessere Integration ausländischer Mitbürgerinnen und Mitbürger weitere Bemühungen notwendig sind. In ihrem Wort zur Integration von Migranten "Integration fördern – Zusammenleben gestalten" haben die Bischöfe Anforderungen an eine integrationsförderliche Politik formuliert und die Möglichkeiten und Chancen der Kirchen und ihrer caritativen Einrichtungen in diesem Bereich beschrieben. In

diesem Kontext wurde auch auf die Möglichkeiten, aber auch auf die Schwierigkeiten, des interreligiösen Dialoges hingewiesen.

Weitere Themen waren die Gesundheitsreform, die Integration ausländischer Mitbürgerinnen und Mitbürger, der interreligiöse Dialog, ein möglicher EU-Beitritt der Türkei sowie die Stärkung von Ehe und Familie. Das zweistündige Gespräch fand in einer offenen und freundlichen Atmosphäre statt. Beide Seiten vereinbarten, den Dialog in regelmäßigen Abständen fortzusetzen.

Von Seiten des CDU-Präsidiums haben folgende Mitglieder an dem Gespräch teilgenommen: Dr. Angela Merkel (Vorsitzende), Laurenz Meyer (Generalsekretär), Karl-Josef Laumann, Hildegard Müller, Dr. Wolfgang Schäuble, Jörg Schönbohm und Dieter Althaus. Zudem nahmen der parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundtagsfraktion, Volker Kauder, ihr kirchenpolitischer Sprecher, Dr. Hermann Kues, sowie der Bundesgeschäftsführer der CDU, Dr. Johannes von Thadden, an dem Gespräch teil.

Den Dschungel familienpolitischer Leistungen lichten

FU-Kreisvorsitzenden-Konferenz zur Familienpolitik tagte in Göttingen.

Familienpolitische Leistungen in Deutschland sind in hohem Maße undurchsichtig. So bewegen sich Familien in einem Dickicht von 155 verschiedenen Leistungen. Die Kreisvorsitzenden-Konferenz der Frauen Union der CDU (FU) widmete sich daher in Göttingen dem Thema „Die Familienkasse – Licht im Dschungel familienpolitischer Leistungen?“. Professor Jörg Althammer von der Ruhr-Universität Bochum stellte den Kreisvorsitzenden Überlegungen zu einer Familienkasse vor. Die Kreisvorsitzenden-Konferenz bildete den Auftakt einer intensiven programmatischen Debatte der Frauen Union zur Gesellschaftspolitik. Anknüpfend an den Essener Parteitag, auf dem die CDU im Jahr 1985 weitreichende gesellschaftspolitische Beschlüsse fasste und den Aufbruch in die Frauenpolitik beschritt, will die Frauen Union in 2005 – 20 Jahre nach Essen – drängende gesellschaftspolitische Themen vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung in Deutschland neu ju-

stieren und fortentwickeln. Die FU rief zu diesem Zweck einen Arbeitskreis Gesellschaftspolitik unter Vorsitz von Bundesvorstandsmitglied Ilse Falk, Parlamentarische Geschäftsführerin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, ins Leben, der diese Prozesse vorantreiben und koordinieren wird. Die Überlegungen zur Familienkasse werden Eingang in diese Überlegungen finden.

Der rotgrünen Bundesregierung stellte FU-Bundesvorsitzende Professor Maria Böhmer in Göttingen ein schlechtes familienpolitisches Zeugnis aus. „Um konzeptionelle Fehler in diversen Politikfeldern zu vertuschen, stellt Rotgrün die Familienpolitik scheinbar in den Mittelpunkt. Die bittere Wahrheit für Familien ist aber: Das lautstark angekündigte Tagesbetreuungsausbaugesetz ist unsolide finanziert und eine Luftnummer“, so Böhmer, „die Einkommensgrenzen beim Erziehungsgeld wurden drastisch abgesenkt. Eltern, die gerade in der Phase der Familiengründung Unterstützung benötigen, werden allein gelassen. Frauen – vor allem Berufs-



FU-Vorsitzende Maria Böhmer

rückkehrerinnen – sind die Verliererinnen der Hartz IV-Reformen.“ Die Bundesregierung stelle zudem leichtfertig ungedeckte Schecks zu Lasten zukünftiger Generationen aus. So trage ein Kind, das heute geboren werde, bereits eine Schuldenlast von 16 500 Euro. Böhmer sprach sich auf der Kreisvorsitzenden-Konferenz mit Nachdruck für eine stärkere Förderung der Familie und auch der Kinderbetreuung aus. Dazu gehöre, auf die neuen Lebensumstände junger Menschen einzugehen und den Ausbau von Kinderbetreuungsangeboten für Kleinkinder sowie für Kindergarten- und Schulkinder genauso voranzutreiben wie die verbesserte Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Fehler Schröders in der VN-Reform- debatte

Erklärung zur Forderung Kanzler Schröders nach einem ständigen Sitz im VN- Sicherheitsrat mit Veto- recht für Deutschland:

Dass Deutschland bei einer heutigen Reform der VN einen vollwertigen ständigen Sitz im Sicherheitsrat (SR) erhält, ist im Interesse unseres Landes. Hierin sind sich Bundesregierung und CDU/CSU-Bundestagsfraktion einig. Der Deutsche Bundestag hat auf unseren Antrag vom Oktober 1995 hin am 12. 06.1997 beschlossen, dass Deutschland entsprechend seiner gewachsenen Rolle ständig im SR vertreten sein müsse, falls eine gemeinsame Vertretung der Europäischen Union als vorrangiges Ziel nicht zu erreichen ist. Unsere Haltung hat Angela Merkel zuletzt auf dem Parteitag in Düsseldorf bekräftigt. Dabei hat für uns ebenfalls festgestanden, dass alle ständigen SR-Mitglieder die gleichen Rechte und Pflichten haben sollten. Eine weitere Aufspaltung des SR stärkt weder dessen Legitimität noch Effizienz.

■ **1.** Im Verlauf der Debatte um die VN-Reform jedoch schien die Bundesregierung

nicht immer zu wissen, was sie wollte: Zuerst versäumte es die Bundesregierung, im Herbst 2003 einen deutschen Vertreter in die Annan-Expertenkommission zur

Reform der VN zu entsenden, um dann ab dem 12. Mai 2004 „finster entschlossen“ einen deutschen SR-Sitz anzustreben. Wenn der Bundesregierung von Anfang an an der Reform und einem SR-Sitz gelegen gewesen wäre, hätte Deutschland in der Kommission vertreten sein müssen. Lange Zeit haben Kanzler und Außenminister zum Thema Veto geschwiegen, um dann innerhalb weniger Tage die Frage erst als nicht so wichtig abzutun (Fischer), bzw. daraufhin das Veto für Deutschland zu fordern (Schröder).

■ **3.** Die Bundesregierung hat ihr Eintreten für einen ständigen SR-Sitz offensichtlich nicht mit den europäischen Partnern abgestimmt. Zwar gibt es von einigen europäischen Regierungen öffentlich Unterstützung für den deutschen Anspruch, dennoch ist die deutliche Kritik, u.a. in Spanien, Polen und vor allem Italien, nicht zu überhören. Die Bundesregierung droht ein weiteres



Friedbert Pflüger



Klaus Rose

Mal, Europa zu spalten und zu re-nationalisieren. Sie hat es verpasst, ihren Anspruch mit der Absicht zu verknüpfen, einen eventuellen deutschen ständigen Sitz treuhänderisch für die EU wahrnehmen zu wollen. Damit hätte sie ihren Anspruch europäisch eingebettet. Sie hätte verdeutlicht, dass es nicht um rein nationale Ambitionen gehe, und damit wohl größere Unterstützung erfahren.

■ **4.** Es ist auch fraglich, ob es klug war, dass die Bundesregierung sich mit Japan, Indien und Brasilien demonstrativ zusammengetan hat (gemeinsames Bild am Rande der VN-Generalversammlung, September 2004). Allem Anschein nach brachten die Vier nur zusätzlich die Gegner des jeweilig anderen gegen sich auf. Stellvertretend für viele Staaten sagte der mexikanische Außenminister Derbez deutlich am 4. Oktober zu meinem Kollegen Christian Ruck und mir: Wenn Deutschland glaube,

über die Köpfe der Lateinamerikaner hinweg deren künftige Vertretung im VN-SR bestimmen zu können, dann müsse Mexiko in Europa seine Freunde woanders suchen. So pflegt man weder Freunde, noch gewinnt man Unterstützung für ein so wichtiges Ziel.

■ 5. Eine Quittung für ihre Politik erhielt die Bundesregierung im Bericht des Ann-

an-Expertengremiums: Indem es alternativ zwei Modelle zur Erweiterung des VN-SRs vorschlägt, gibt es zu erkennen, dass eine Erweiterung um ständige Mitglieder eher unwahrscheinlich ist. Weil das Gremium empfiehlt, „dass bei keinem Reformvorschlag das Vetorecht ausgeweitet wird“, bliebe Deutschland auf jeden Fall zweitklassig und im

Falle des Modells von u.a. acht 4-Jahressitzen obendrein in Konkurrenz mit Staaten in Europa, die die Bundesregierung in den letzten Jahren kontinuierlich vor den Kopf gestoßen hat.

In dieser kritischen Phase ist stille Diplomatie gefordert. Stattdessen setzt der Kanzler mit seiner öffentlichen Forderung nach dem Veto ein Ausrufezeichen zur

ERNEUT GELDER DES BMI FÜR LINKSEXTREMISTEN

Erklärung anlässlich der Einbringung der Großen Anfrage der CDU/CSU-Bundestagsfraktion „Finanzielle Förderung links-extremistisch beeinflusster Initiativen durch das ‚Bündnis für Demokratie und Toleranz – gegen Extremismus und Gewalt“:

Es besteht der Verdacht, dass das „Bündnis für Demokratie und Toleranz – gegen Extremismus und Gewalt“ (www.buendnis-toleranz.de) seit 2001 links-extremistisch beeinflusste Initiativen etc. in erheblichem Maße finanziell unterstützt hat. Dies wäre ein großer Schaden für das Anliegen dieses Bündnisses. Mögliche Fehlentwicklungen und Missbräuche müssen deshalb aufgeklärt werden. Das Bündnis wird aus dem Etat des für den Verfas-

sungsschutz zuständigen Bundesministeriums des Innern finanziert.

Das Bündnis veranstaltet seit 2001 einen jährlich ausgeschriebenen Wettbewerb „Aktiv für Demokratie und Toleranz“. Die Gewinner dieses zuletzt mit jährlich 200.000 € dotierten Wettbewerbs erhalten im Einzelfall Geldpreise von 500 bis 5000 Euro.

Die Zeitschrift „Der Rechte Rand“ hat im Wettbewerb 2001 einen Geldpreis in Höhe von 10.000 DM gewonnen, obwohl sie im Verfassungsschutzbericht des Bundes 1998 im Kapitel „Linksextremistische Bestrebungen“ wiederholt erwähnt wird. „Der



Eckhart von Klæden

Rechte Rand“ wird auf www.buendnis-toleranz.de unter „Vorbildliche Projekte“ präsentiert, obwohl nach Auffassung der Bundesregierung bei dieser Zeit-

schrift weiter Anhaltspunkte für linksextremistische Bestrebungen vorliegen.

Die Große Anfrage zählt weitere möglicherweise linksextremistische Preisträger auf. Sie ist auf der Homepage der CDU/CSU-Bundestagsfraktion abrufbar unter www.cducusu.de unter dem Stichwort „Initiativen“.

Eckart von Klæden ist Parlamentarische Geschäftsführer der Bundestagsfraktion.

falschen Zeit. Die Gegner einer Erweiterung des SRs um ständige Sitze reiben sich die Hände.

■ **6.** Die Kampagne der Bundesregierung hat offenbar mehr mit dem Wahlkampf 2006 als mit Außenpolitik zu tun. Der Wähler soll mit vermeintlichem Prestigegewinn gelockt werden. Zugleich unterlässt es die Bundesregierung, darüber zu sprechen, was Deutschland mit einem ständigen Sitz bezweckt – z.B. treuhänderisch für die EU wahrzunehmen –, welche Politik sie dann verfolgen wird und welche zusätzliche Verantwortung und Verpflichtungen mit einem ständigen Sitz auf Deutschland zukämen. Noch vor kurzem hat Frau Wierzycka von zusätzlichen Verpflichtungen in Milliarden-Höhe gesprochen. Über die Konsequenzen wäre eine ausführliche öffentliche Debatte von Nöten. Die Regierung verweigert jedoch diese Debatte.

Mit ihrer öffentlichen Kampagne hat die Bundesregierung zuviel riskiert. Sie sollte nicht den deutschen Sitz im SR in den Mittelpunkt ihrer VN-Arbeit stellen, sondern vielmehr die Reform der VN insgesamt und die Notwendigkeit einer besseren Vertretung der Interessen Europas im SR.

Friedbert Pflüger ist der außenpolitische Fraktions-sprecher, **Klaus Rose** der Sprecher im Unterausschuss Vereinte Nationen.

Maut kommt – Schäden durch rot-grünes Versagen bleiben

Erklärung anlässlich der Erteilung der vorläufigen Betriebserlaubnis für den Start der streckenbezogenen Lkw-Maut zum 1.1. 2005:

Für die Zukunft der Verkehrsinfrastruktur in Deutschland wird ein funktionierendes Lkw-Maut-System dringend benötigt. Deshalb begrüßen wir sehr, dass das von der unionsgeführten Bundesregierung bereits in den 90er Jahren grundsätzlich auf den Weg gebrachte streckenbezogene, elektronisch erhobene Lkw-Maut durch die Erteilung der vorläufigen Betriebserlaubnis nun endlich aller Voraussicht nach zum 1. Januar 2005 realisiert wird.

Bitter ist, dass die Bundesregierung durch den unprofessionellen Umgang mit dem Projekt in der Vergangenheit große Schäden für die Verkehrsinfrastruktur in Deutschland verursacht hat, die kaum wieder gut zu machen sind.

■ Rund 3,8 Mrd. Euro hoch sind die wegen der mehrfachen Mautverschiebung entstandenen Einnahmeausfälle im Verkehrshaushalt.

■ Die vorzeitige, ohne sorgfältige Prüfung vorgenommene Kündigung der Eurovignette hat eine Lücke von mehr als 600 Mio. Euro gerissen.

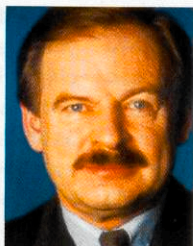
■ Ein schlechter Vertrag mit unklaren Haftungsbedingungen hat zusätzliche Kosten für Rechtsberatung und Gutachten in enormer Höhe verursacht.

Skandalös ist auch der zweifache Wortbruch, mit dem die Bundesregierung in den Mautstart geht:

Statt die Mauteinnahmen, wie vom Gesetzgeber im Bundestag und Bundesrat einstimmig für § 11 Autobahnmautgesetz beschlossen, zusätzlich der Verkehrsinfrastruktur zugute kommen zu lassen, wurden die Mittel rechtswidrig im Bundeshaushalt verbraucht. Im Bundeshaushalt mit Maut stehen im Jahre 2005 für die Verkehrsinfrastrukturfinanzierung über 500 Mio. Euro weniger zur Verfügung als in den Jahren 2003 und 2004 ohne Maut. Dieser Gesetzesbruch diskreditiert den Gedanken der Nutzerfinanzierung und macht aus der Maut nicht mehr und bessere In-



Klaus Lippold



Dirk Fischer

Transportgewerbe in Europa endlich durchzusetzen.

Klaus W. Lippold ist stellvertretender Fraktionsvorsitzender, **Dirk Fischer** ist der verkehrspolitische Sprecher.



Günter Nooke

Infrastruktur, sondern ein weiteres Abkassiermodell zum Stopfen von Haushaltslöchern des Herrn Eichel.

Nicht eingelöst wurde auch das Versprechen der Bundesregierung, zum Mautstart dem Deutschen Transportgewerbe den größtmöglichen Harmonisierungsbeitrag (gleich 600 Mio. Euro) zu geben. Das Absenken der Mautsätze bis auf weiteres ist keine Lösung – das ursprüngliche Ziel der Streckenbezogenen Lkw-Maut, faire Wettbewerbsbedingungen für das Güterkraftverkehrsgewerbe in Deutschland zu erreichen, wird so nicht erreicht.

Die Union fordert die Bundesregierung auf,

- den § 11 des Autobahnmautgesetzes nicht weiter zu umgehen und in der Zukunft die Mauteinnahmen für die Verkehrsinfrastruktur, überwiegend für den Straßenbau, zusätzlich einzusetzen;

- die versprochene Harmonisierung für das deutsche

■ Rot-Grün verhöhnt Musiker und Musik- branche

Stellungnahme zum Antrag von SPD und Bündnis-90/ Die Grünen für eine Musik-Quote („Für eine Selbstverpflichtung öffentlich-rechtlicher und privater Rundfunksender zur Förderung von Vielfalt im Bereich von Pop- und Rockmusik in Deutschland“):

Wo freiwillige Selbstverpflichtung draufsteht, muss auch freiwillige Selbstverpflichtung drin sein. Das Gegenteil ist im Antrag der Koalition der Fall: Die Rundfunkanstalten sollen gezwungen werden, „annähernd 35%“ deutschsprachiger Musik zu senden. Da ist sie also wieder, die Quote.

Rot-Grün hatte im Sommer mit großem Theater nach einer Quote deutscher Musik per Gesetz gerufen

und völlig zu Recht Hohn und Spott dafür geerntet. Jetzt sollen die Rundfunkanstalten mit der Quote gegängelt werden.

Das ernsthafte und ernstzunehmende Anliegen der Künstler und der Musikbranche wird damit diskreditiert, die Hörer bevormundet.

Sicherheitshalber wird im Antrag von Rot-Grün festgehalten, dass das Anliegen nicht illegal sei. Eine solche Feststellung in einem Papier des deutschen Gesetzgebers ist grotesk.

Das berechnete Anliegen der Branche ist bei Rot-Grün in den falschen Händen.

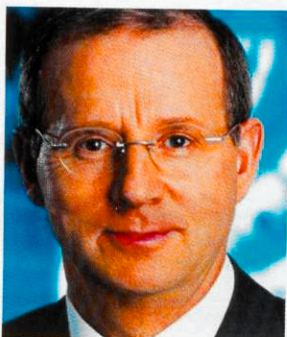
Die Unionsfraktion hat in ihrem Antrag einen sinnvollen Weg der Förderung von Musik aus Deutschland vorgeschlagen, der am Freitag im Bundestag debattiert wird.

Günter Nooke ist der kultur- und medienpolitische Sprecher.

Bundesregierung beerdigt Stabipakt!

Stellungnahme zur Entscheidung der EU-Kommission, das Defizitverfahren gegen Deutschland vorerst ruhen zu lassen:

Die Daten sind eindeutig: Die Bundesregierung trägt die Hauptverantwortung für die erneute (vierte) Überschreitung der Maastricht-Kriterien. Neben der Nettokreditaufnahme von 22 Mrd. € sind 22,7 Mrd. € Privatisierungserlöse „Maastricht-relevant“. Das bedeutet allein für den Bund ein zu berücksichtigendes Defizit von 44,7 Mrd. €. In ihrem Stabilisierungsprogramm vom 1.12.



Dietrich Austermann

2004 geht die Bundesregierung für 2005 von einem gesamtstaatlichen Defizit von rd. 65 Mrd. € aus. Nach dem Bericht entfallen davon auf den Bund lediglich etwa 37 Mrd. € (bei Überschüssen in den Sozialversicherungen von 1 bis 2 Mrd. €). Länder und Gemeinden planen danach

um die 28 Mrd. € neue Schulden. Eine Absenkung des Staatsdefizits von rd. 80 Mrd. € im Jahr 2004 um rd. 15 Mrd. € ist völlig unwahrscheinlich.

Die Finanzdaten Deutschlands sind der EU-Kommission bekannt. In ihrer Herbstprognose hatte sie für Deutschland noch ein Defizit von 3,4 % für das Jahr 2005 unterstellt. Wenn Währungskommissar Almunia mit den EU-Finanzministern das Defizitverfahren gegen Deutschland auf Eis legt, hat sich die EU-Kommission mit der Berdigung des Stabilitätspaktes abgefunden. Die Folgen sind noch nicht absehbar.

Dietrich Austermann ist der haushaltspolitische Fraktionssprecher.

SENIOREN-UNION WEIST BDI-KRITIK ZURÜCK

Die Senioren-Union der CDU Deutschlands hat die Kritik des scheidenden BDI-Präsidenten Rogowski an der Wirtschaftspolitik der Union scharf zurückgewiesen. „Auch Herr Rogowski trägt besondere Verantwortung für die schlimmste Beschäftigungskrise der über 55jährigen in den vergangenen Jahren. Er hat die altersdiskriminierende Politik der Frühverrentung und Zwangspensionierung mit 40 Mrd. Euro jährlich Soziallasten für den Steuerzahler billigend in Kauf genommen“ sagte Otto Wulff, SU-Bundesvorsitzender. Nur 36 %

der über 55jährigen stehen laut Senioren-Union in Deutschland noch in einem versicherungspflichtigen Arbeitsverhältnis. 50 % der Betriebe haben überhaupt keine Mitarbeiter über 60 mehr. Wulff: „In anderen europäischen Industriestaaten mit vergleichbarer Altersstruktur ist die Beschäftigungsrate fast doppelt so hoch – ohne daß es dort zu Krisenerscheinungen in der Wirtschaft wie in Deutschland gekommen wäre.“

Wenn heute Männer im Durchschnitt mit 60,8 % und Frauen mit 61,4 % (Quelle: Verband Deutscher Rentenversi-

cherungsträger) in die Zwangsverrentung geschickt würden, habe dies für die Betroffenen auch fatale wirtschaftliche Folgen. Wer zum Beispiel als Mann 48 Abschlagsmonate hinnehmen müsse, erhalte eine um 14 % oder 173 Euro niedrigere Rente. Bei Neurentnern belaufe sich die Durchschnittsrente nach Abzug von Kranken- und Pflegeversicherung nur noch auf 960 Euro, bei Rentnerinnen auf 628 Euro. Wulff: „Es ist schon ein starkes Stück, dabei die Regierung zu loben und der Opposition schlechte Noten zu geben.“



Broschüre „Wir bleiben an Ihrer Seite“ Information für Aussiedler

Bestell-Nummer: **5173**
Preis je 50 Stück: **19,50 €**
inkl. MwSt.: 20,87 €



Leporello „Sicherheit zuerst.“ Die Konzepte der CDU zur Inneren Sicherheit

Bestell-Nummer: **2187**
Preis je 100 Stück: **6,50 €**
inkl. MwSt.: 6,96 €



Leporello „Für ein starkes Europa mit Grenzen“

Bestell-Nummer: **2185**
Preis je 100 Stück: **6,50 €**
inkl. MwSt.: 6,96 €



Leporello „Freie Wahl für Familien“

Bestell-Nummer: **2184**
Preis je 100 Stück: **6,50 €**
inkl. MwSt.: 6,96 €

Bestellschein > CDU-Kalender

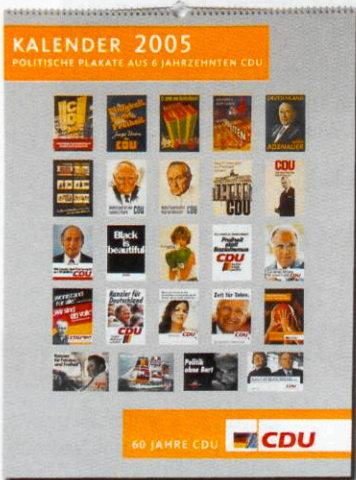
arvato logistics services
 – IS-Versandzentrum –
 Postfach 1162
 33759 Versmold

Fax 05241/8 04 18 92

Absender/KV-Nr. Rechnungsanschrift	<input type="text"/>	Lieferanschrift (falls nicht identisch)
CDU-Verband oder Name		CDU-Verband oder Name
Ansprechpartner		Ansprechpartner
Straße, Nr.		Straße, Nr.
PLZ, Ort		PLZ, Ort
Telefon		Telefon

Bitte vollständig in Druckschrift ausfüllen. Sie erleichtern uns dadurch die Bearbeitung.

Anzahl	Bestell- Nummer	Titel- bzw. Artikelbezeichnung	Einzelpreis		Gesamt- preis
			(ohne MwSt.)	(inkl. MwSt)	
	9183	CDU-Kalender	8,53	9,90	



Kalender

Hochglanzbilderdruck
 im Superformat

49 x 65 cm
 jeder Monat mit
 2 Plakatmotivseiten

Bestell-Nr. **9183**
 Preis je Kalender: **8,53 Euro**
 inkl. MwSt.: **9,90 Euro**

BESTELLANSCHRIFT

arvato logistics services
 Bertelsmann-Versandzentrum
 Postfach 1162, 33759 Versmold
 Telefax 05241-804 1892
 e-mail:
 cdu-shop@bertelsmann.de

Datum, Unterschrift

UBG
Postfach 1190
53348 Rheinbach
PVSt, DPAG
Entgelt bezahlt.



NEU!

**Urkunde
„60 Jahre CDU-Mitglied“
DIN A4**

Bestell-Nummer: **0189**
Preis je **50 Stück: 6,10 €**
inkl. MwSt.: 7,08 €

Lieferbar ab dem 28.12.04!

BESTELLANSCHRIFT

arvato logistics services
Bertelsmann-Versandzentrum
Postfach 1162, 33759 Versmold
Telefax 05241-8041892
e-mail:
cdu-shop@bertelsmann.de